



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

57. Sitzung (öffentlich)

17. Mai 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:55 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdocumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

9

Der Ausschuss kommt überein, die bisherigen Tagesordnungspunkte 9 „Frohe Weihnacht! In der Herberge war kein Platz: Die Landesregierung muss endlich ihre sozialpolitische Verantwortung für die Wohnungsversorgung der Bevölkerung wahrnehmen“ und 13 „Schluss mit der verfehlten Wohnraumförderpolitik der CDU/FDP-Landesregierung: Nordrhein-Westfalen braucht endlich eine zeitgemäße Soziale Wohnraumförderung“ sowie 4 „Studentisches Wohnen für die Zukunft in Nordrhein-Westfalen stärken und Perspektiven entwickeln“ und 5 „Offensive für studentisches Wohnen – NRW braucht ein Investitionsprogramm für die Studierendenwerke“ zusammen zu beraten und den bisherigen Tagesordnungspunkt 6 „Die Metropole Ruhr mit einem städtebaulichen Sonderprogramm aktiv und finanziell bei der Ausrichtung der Internationalen Gartenbauausstellung 2027 unterstützen“ abzusetzen.

1	Gelebte Heimat – Aufnahme ausgewählter typischer Arbeitersiedlungen des Ruhrgebiets in die Liste der UNESCO-Welterbestätten	10
----------	--	-----------

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3024

Ausschussprotokoll 17/550

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

2 Starke Denkmalpflege – starke Heimat! Eigentümer beim Erhalt und der Nutzung von Denkmälern unterstützen **11**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3807

Ausschussprotokoll 17/573

in Verbindung mit

Gutachterliche Untersuchung „Evaluation des Denkmalschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen“

Vorlage 17/1044
Vorlage 17/1779

Ausschussprotokoll 17/514

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

3 Kein Kahlschlag beim landesrechtlichen Mieterschutz: Die Kappungs- grenzenverordnung muss verlängert werden 15

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4454

Ausschussprotokoll 17/607

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

4 Studentisches Wohnen für die Zukunft in Nordrhein-Westfalen stärken und Perspektiven entwickeln

22

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4799

Ausschussprotokoll 17/608

in Verbindung mit

Offensive für studentisches Wohnen – NRW braucht ein Investitionsprogramm für die Studierendenwerke

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4453

Ausschussprotokoll 17/543

Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag der SPD-Fraktion abzulehnen.

5 Zwei-Klassen-Gesellschaft bei Nutzern öffentlicher Bibliotheken vermeiden – Ausreichende Beschaffung von aktuellen Medien auch zu Jahresbeginn in „Stärkungspaktgemeinden“ ohne abschließend genehmigten Haushalt ermöglichen

27

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3589

Ausschussprotokoll 17/587

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, den Antrag abzulehnen.

6 Tierschutz beachten – besseren Brandschutz in Stallanlagen entwickeln und umsetzen 28

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/4108

Ausschussprotokoll 17/562

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion, den Antrag abzulehnen.

7 Frohe Weihnacht! In der Herberge war kein Platz: Die Landesregierung muss endlich ihre sozialpolitische Verantwortung für die Wohnungsver-sorgung der Bevölkerung wahrnehmen 29

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4457

Ausschussprotokoll 17/582

in Verbindung mit

Schluss mit der verfehlten Wohnraumförderpolitik der CDU/FDP-Landes-regierung: Nordrhein-Westfalen braucht endlich eine zeitgemäße Soziale Wohnraumförderung

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/5627

Der Ausschuss kommt überein, zum Antrag „Schluss mit der verfehlten Wohnraumförderpolitik der CDU/FDP-Landesregierung: Nordrhein-Westfalen braucht endlich eine zeitgemäße Soziale Wohnraumförderung“ eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen in der nächsten Obbleuterunde zu be-sprechen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, den Punkt III.3. des Antrags „Frohe Weihnacht! In der Herberge war kein Platz: Die Landesregierung muss endlich ihre sozialpolitische Verantwortung für die Wohnungsversorgung der Bevölkerung wahrnehmen“ abzulehnen.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den so geänderten Antrag „Frohe Weihnacht! In der Herberge war kein Platz: Die Landesregierung muss endlich ihre sozialpolitische Verantwortung für die Wohnungsversorgung der Bevölkerung wahrnehmen“ abzulehnen.

8 ÖPNV in Nordrhein-Westfalen: Kommunen bei Erhalt der Stadt- und Straßenbahnsysteme unterstützen **32**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5069

Vorlage 17/1848
Vorlage 17/1960

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den Antrag anzunehmen.

9 Terminplanung für das Jahr 2020 (s. Anlage 1) **34**

10 Aktivierende Stadtentwicklung jetzt! Wohnungs- und Flächenmangel bekämpfen – Aufstockung und intelligente Nachverdichtung unterstützen: Die Landesregierung muss umgehend zu einem Städtebau-Gipfel einladen **35**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5617

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen in der nächsten Obleuterunde zu klären.

11 Landesregierung muss Windenergieausbau durch echte Akzeptanz-offensive ermöglichen **36**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5616

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich an der geplanten Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

12 Tuberkuloseerkrankungen ernst nehmen und fernab jeglicher Ideologie bekämpfen **37**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5629

13 IT-Infrastruktur der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen stärken – Patientenschutz sichern **38**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5634

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

14 Innovationspotential der Blockchain-Technologie für die öffentliche Verwaltung nutzen **39**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/5623

- 15 Aktueller Sachstand zur Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik (s. Anlage 2)** 40
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1937
- 16 Nachhaltiges Bauen (s. Anlage 3)** 42
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1938
- 17 Wie ist der aktuelle Sachstand beim Heimatförderprogramm der Landesregierung? (s. Anlage 4)** 44
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1939
Vorlage 17/2075
- 18 Welche Auswirkungen hat die Reform des Unterhaltsvorschusses für die nordrhein-westfälischen Kommunen? (s. Anlage 4)** 45
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1940
Vorlage 17/2092
- 19 Gutachten zur Überprüfung der Einwohnergewichtung (s. Anlage 5)** 46
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1975
Stellungnahme 17/1477
- 20 Wie will die Landesregierung die rechtzeitige Umsetzung der von der schwarz-gelben Koalition beschlossenen Neueinteilung der Kommunalwahlbezirke sicherstellen? (s. Anlage 4)** 47
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/2065

21 Welche konkreten Aufgaben hat die „Transparenzkommission“ der Landesregierung? (s. Anlage 4) 48

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/2072

22 Verschiedenes 49**a) Gesetz zur Neuordnung des Statistikrechts für das Land NRW, Drucksache 17/5197**

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Sitzung des Innenausschusses am 6. Juni 2019 in Fraktionsstärke zu beteiligen und dort zu votieren.

b) Verlegung des Sitzungstermins am 29. November 2019**c) Wortmeldung von Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)**

* * *

22 Verschiedenes

a) Gesetz zur Neuordnung des Statistikrechts für das Land NRW, Drucksache 17/5197

Vorsitzender Hans-Willi Körfges weist darauf hin, der federführende Innenausschuss werde die von ihm beschlossene schriftliche Anhörung in seiner Sitzung am 6. Juni 2019 auswerten und anschließend eine Beschlussempfehlung zum Gesetzentwurf abgeben. Um ein Votum abgeben zu können, müsste dieser mitberatende Ausschuss entweder eine Sondersitzung terminieren oder mit dem Innenausschuss zu einer gemeinsamen Sitzung am 6. Juni 2019 zusammenkommen.

Fabian Schrumpf (CDU) schlägt vor, sich an der Sitzung des Innenausschusses in Fraktionsstärke zu beteiligen, weil es in beiden Ausschüssen teilweise eine Personalüberschneidung gebe.

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Sitzung des Innenausschusses am 6. Juni 2019 in Fraktionsstärke zu beteiligen und dort zu votieren.

b) Verlegung des Sitzungstermins am 29. November 2019

Vorsitzender Hans-Willi Körfges teilt mit, der Termin müsse aufgrund der geänderten Plenarsitzung verlegt werden. Die Fraktionen hätten sich als Ersatz auf den 19. November 2019, 16:00 Uhr, verständigt, sodass der Ausschuss nach der Kabinettsitzung der Landesregierung tage.

Johannes Remmel (GRÜNE) erklärt, man sei auch mit der Anwesenheit des Staatssekretärs einverstanden.

Vorsitzender Hans-Willi Körfges weist darauf hin, in dieser Kabinettsitzung würden so wichtige Dinge wie beispielsweise der Haushalt beraten, sodass die Anwesenheit der Staatssekretäre sinnvoll erscheinen könnte. Gegebenenfalls könnte man sich darüber auch in der nächsten Obleuterunde noch einmal verständigen.

c) Wortmeldung von Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) erinnert an die aus seiner Sicht missverständliche Berichterstattung zur Beantragung von Kindergeld mit gefälschten Schülerausweisen der letzten Tage. Er bittet um Klarstellung der Landesregierung, denn nach seiner Kenntnis könne man mit einem Schülerausweis kein Kindergeld beantragen, sondern über eine Schulbescheinigung allenfalls die Antragsberechtigung nachweisen.

Den Vorschlag, im Rahmen des Bürokratieabbaus eine allgemeingültige Schulbescheinigung, hielte er aus eigener Erfahrung als Vater für sehr zielführend.

